



Abstand hält das Virus fern: In einer Schlange vor einer Postfiliale in Rom üben sich KundInnen in «social distancing». FOTO: ALBERTO PIZZOLI, AFP

KRIENMANAGEMENT DES BUNDES

So weit der Plan ...

Das neue Coronavirus hält die Schweiz in Atem. Epidemiegesezt und Pandemieplan ermöglichen dem Bundesrat, einschneidende Massnahmen zu erlassen.

VON FRANZISKA MEISTER

Italiens Regierung greift durch: Seit Anfang Woche steht das ganze Land unter Quarantäne – Schulen bleiben geschlossen, öffentliche Versammlungen wie auch Reisen sind verboten, die Bevölkerung ist angehalten, zu Hause zu bleiben. Und das keine drei Wochen nachdem im Land die erste Person positiv auf das neue Coronavirus respektive die Atemwegserkrankung Covid-19 getestet worden ist. Nur drei Tage später vermeldete das Tessin seinen ersten Fall. Droht der Schweiz ein ähnliches Szenario wie Italien?

Der Influenza-Pandemieplan Schweiz aus dem Jahr 2018 hält fest: «Hat eine pandemische Welle die Schweiz erst einmal erreicht, dauert es zwei bis drei Wochen, bis sich das Virus im ganzen Land verbreitet hat.» Auf Grundlage des Pandemieplans erstellen Bund und Kantone ihre Einsatz- und Notfallpläne. Der Plan selbst orientiert sich am Eskalationsmodell des Epidemiegesezes (EpG), das von der «normalen» über die «besondere» bis zur «ausserordentlichen Lage» reicht. Am 28. Februar rief der Bundesrat die «besondere Lage» aus. Das bedeutet, dass die kantonalen Behörden nicht länger fähig sind, die Verbreitung von Covid-19 zu verhindern und zu bekämpfen. Zudem drohen «schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft oder auf andere Lebensbereiche», wie Artikel 6 des EpG festhält. Die Verordnung der «besonderen Lage» gilt bis Sonntag, 15. März. Und dann?

Wenn nötig mit Zwang

Sollte es zu einer «nationalen Bedrohungslage» – und damit zur dritten Stufe der Eskalation – kommen, kann der Bundesrat gestützt auf das Polizeiverordnungsrecht der Bundesverfassung Massnahmen anordnen. Die kantonalen Behörden setzen diese durch, wenn nötig auch «zwangsweise». Zuwiderhandlungen können mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden.

Doch was für Massnahmen stehen überhaupt im Fokus? Das EpG unterscheidet zwischen personenbezogenen und gruppen- oder bevölkerungsweiten Aktionen. Erstere reichen von medizinischer Überwachung und Isolation bis zu einem Berufs- und Reiseverbot. Sie kommen vor allem in der Frühphase einer

Pandemie zum Einsatz und dienen dazu, die Übertragung unter Kontrolle zu halten. Dazu darf das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Reihe von Personendaten in einem zentralen Informationssystem sammeln, die Zugriffsrechte regelt der Bundesrat.

Das EpG wurde 2010 nach vierzig Jahren total revidiert. Der Bundesrat schrieb damals, die Revision sei «dringend notwendig», weil «das Ausmass und die Geschwindigkeit der Weiterverbreitung von übertragbaren Krankheiten zugenommen» hätten. Zu den Gründen zählt er «zunehmende Mobilität, fortschreitende Urbanisierung, Migrationsbewegungen, klimatische Veränderungen». Im Zentrum der Revision, die seit 2012 in Kraft ist, steht das neue Eskalationsmodell, gestärkt wird ausserdem die Führungsrolle des Bundes.

Schulen schliessen?

Solange es gelang, sämtliche Personen zu eruieren, die mit einer erkrankten Person in Kontakt kamen, haben personenbezogene Massnahmen funktioniert. Spätestens seit dem 28. Februar ist diese Phase vor-

bei. Am 4. März hat der Bundesrat mit der Devise der «sozialen Distanzierung» eine Reihe von Massnahmen ins Rollen gebracht, die die Pandemiewelle eindämmen und abschwächen sollen. Bereits verfügt war ein Verbot für Anlässe mit über tausend Personen. Dutzende von Verhaltensregulierungen für öffentliche und halböffentliche Räume sind seither auf kantonaler Ebene erlassen worden. Immer mehr Unternehmen verordnen Homeoffice. Künftig könnten auch Besuche in Altersheimen verboten werden, schreibt das BAG auf Anfrage.

Der Pandemieplan betont, es sei wissenschaftlich umstritten, wie zweckmässig soziale Distanzierungsmaßnahmen tatsächlich sind – und es droht beträchtliche ökonomische Folgen. Soll die Schweiz also überhaupt in Betracht ziehen, wie Italien die Schulen zu schliessen? Folgt der Bundesrat dem Pandemieplan, lautet die Antwort klar: nein. «Im späteren Verlauf der Pandemie (...) wird die flächendeckende Schliessung von Schulen und Kinderkrippen keinen wesentlichen Einfluss mehr auf den Verlauf der Epidemie und damit auf die Anzahl der Erkrankungsfälle haben.»

KRIENMANAGEMENT IN ZÜRICH

Chaostage in der Gesundheitsdirektion

Natalie Rickli, Gesundheitsdirektorin des Kantons Zürich, steht in der Kritik. Ihr Krisenmanagement sei ganz auf Selbstprofilierung ausgerichtet. Im Regierungsrat kam es zur Eskalation.

VON RENATO BECK

Im Posteingang der Zürcher HausärztInnen fand sich unlängst ein Schreiben, das gut zusammenfasst, womit die MedizinerInnen derzeit am meisten zu kämpfen haben. «Die Kommunikation rund um das Coronavirus ist wohl die grösste Herausforderung im Umgang mit der Krankheit», schreibt Josef Widler, Präsident der Zürcher Ärztesgesellschaft. Er verstehe die Kritik an «wechselnden Informationen» zur benötigten Schutzausrüstung und kündigt eine «Manöverkritik» nach der Epidemie an.

Widlers Mail ist eines von Dutzenden, das Zürichs ÄrztInnen seit Ausbruch der Coronakrise von vielen verschiedenen Verbänden und Ämtern erhalten haben. In einem wurde den ÄrztInnen etwa empfohlen, sich doch Schutzbrillen im nächsten Baumarkt zu besorgen. «Wir werden überflutet mit Informationen, es kommen praktisch täglich neue Updates», klagt Irene Glauser, Kopräsidentin des Vereins Haus- und Kinderärzte Zürich, «das hilft nicht.» Dabei sind die HausärztInnen neuerdings ein fester Pfeiler in der Epidemiebekämpfung im grössten Kanton der Schweiz. Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli will sie für Tests einspannen, um die Spitäler zu entlasten. Ob die Praxen dafür bereit sind, bleibt unklar. Die dafür nötige Schutzkleidung stand zum Zeitpunkt der Ankündigung jedenfalls noch nicht zur Verfügung.

Zweifel am Krisenhandling der SVP-Frau hegen Zürichs Apotheken. Diese sind im Krisenstab der Direktion nicht vertreten, werden auch nicht über die neusten Schritte informiert. «Obwohl wir hunderte so viele Anfragen wegen des Virus erhalten wie die Ärzte und die Gesundheitsdirektion», wie Lorenz Schmid sagt, CVP-Kantonsrat und Präsident des kantonalen Apothekerverbands. Er hofft, im persönlichen Gespräch mit Rickli daran etwas zu ändern.

Prioritäten falsch gesetzt

Ricklis KollegInnen in der Zürcher Regierung verfolgen ihr Wirken mit wachsender Sorge. Das ist aus dem Umfeld des Gremiums zu hören. Zwei Sondersitzungen zum Virus seien in einer «wüsten Eskalation» gemündet. Die anderen Regierungsräte hätten ihr vorgeworfen, die Krise zur Profilierung nutzen zu wollen und nur auf ihre Aussenwirkung bedacht zu sein, heisst es. Ihr wird vorgehalten, die Prioritäten falsch zu setzen, wichtige Stakeholder zu vergessen und die Zusammenarbeit zwischen

den Fachleuten über die Direktionsgrenzen hinweg aus Angst vor Kontrollverlust zu behindern. Rickli kämpfe mit Vehemenz dafür, alles selbst zu managen, statt sich als Rädchen eines Ganzen zu verstehen.

Die Gesamtregierung versuchte mehrmals, in die Arbeit der früheren SVP-Nationalrätin einzugreifen. Ende Februar, als deutlich wurde, dass der Direktion ein Kommunikationsplan fehlt, wollte Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) Rickli einen erfahrenen Mann aus den eigenen Reihen zur Seite stellen. Rickli sagte zu, dann wieder ab, schliesslich willigte sie doch ein. Mittlerweile beschränken sich die RegierungskollegInnen darauf, Rickli an Sitzungen auf tatsächliche oder befürchtete Versäumnisse hinzuweisen. Zudem einigte man sich auf Absprachen in der Kommunikation. Lange hielt der Frieden aber nicht: Ein von Rickli herausgegebener Infoflyer, wie sich die Bevölkerung am effektivsten schütze, sorgte für neues Erstaunen, weil er in Konkurrenz zur Aufklärungskampagne des Bundesamts für Gesundheit stehe.

Kantonsarzt fällt aus

Auch innerhalb der Direktion rumort es. Als vergangenen Montag Natalie Rickli an einem Point de Presse über die neusten Massnahmen informierte, sass neben ihr nicht wie zuvor Kantonsarzt Brian Martin, sondern dessen Stellvertreterin Bettina Bally. Martin, eigentlich wichtigster Mann in der Epidemiebekämpfung, fällt bis auf Weiteres aus. Er habe faktisch seit Mitte Januar durchgearbeitet. Nun sei die Belastung zu gross geworden, heisst es in seinem Umfeld. Weder seinen Ausfall noch die Auswirkungen davon hat die Direktion bislang kommuniziert.

Gerne hätten wir Natalie Rickli Gelegenheit gegeben, auf die geäusserte Kritik einzugehen. Auf einen schriftlichen Fragenkatalog und eine telefonische Nachfrage der WOZ reagierte die Gesundheitsdirektion nicht. Stattdessen schaltete sich die Staatskanzlei als Stimme der Zürcher Gesamtregierung ein. Deren Sprecher Andreas Melchior teilt mit: «Der Regierungsrat arbeitet in dieser besonderen Lage eng und vertrauensvoll zusammen. Er informiert regelmässig mit Mitteilungen und anlässlich von Medienkonferenzen über seine Tätigkeit und die aktuelle Situation. Wir konzentrieren uns bei der Beantwortung von Medienanfragen auf die für die Bevölkerung und ihre Gesundheit relevanten Aspekte. Vielen Dank für die Kenntnisnahme.»

HEISSE LUFT IN DER KRISE

Der auffällige Herr Aeschi

Wäre Thomas Aeschi vor Gericht gestanden, er hätte sich soeben selber überführt. Montag, Fragestunde des Nationalrats: Der Zuger SVP-Nationalrat lässt über seinen Ordnungsantrag abstimmen, er will die Session wegen des Coronavirus sofort unterbrechen. Der Antrag wird krachend abgelehnt: Selbst von der SVP, deren Fraktion er als Sprecher vorsteht, erhält Aeschi nur 13 von 55 möglichen Stimmen, wobei unklar bleibt, ob seine Fraktion ihn blossgestellt hat – oder er sich selber.

Denn Aeschi trieb weniger die Sorge um die Unversehrtheit der Legislative um, wie er freimütig einräumte. Vielmehr erkannte er im Virus einen Hebel, um die «Erhöhung der Benzin- oder Heizölpreise im Rahmen der CO₂-Gesetz-Revision oder eine neue Überbrückungsrente mit Kosten von Hunderten von Millionen Franken» zu vertagen. Das sagte er erstaunlich sorglos im Nationalrat und gab damit jenen vielen KollegInnen recht, die schon länger an Aeschis Motiven zweifelten.

Paul Rechsteiner etwa, SP-Ständerat aus St. Gallen, beäugte Aeschis epidemiologische Ausritte stets misstrauisch: «Für tiefere Unternehmenssteuern würden sich die SVPLer doch auf der Bahre in den Saal tragen lassen.» Oder Irène Kälin, Grüne Aargau, die Aeschis

Anträge ein «unanständiges Manöver» nennt, sich dann immerhin ein bisschen freut, «dass er sich damit richtig lächerlich gemacht hat».

Ob ihn das stört, ist eine andere Frage. Aeschi, der sich mit viel Fleiss und Penetranz Christoph Blochers Gunst erarbeitet hat, fiel schon früh in der Coronakrise als origineller Kopf auf. Als das Bundesamt für Gesundheit eine Hotline einrichtete, legte der Unternehmensberater diese mit Telefonstreichen lahm – und mokierte sich danach darüber. Die Aktion war ähnlich populär wie sein Kampf gegen den Parlamentsbetrieb.

Vielleicht brauchte Aeschi auch bloss ein wenig Anlauf, um das politische Potenzial des Virus zu erfassen. Nach seinem Flop im Parlament kam es laut Medienberichten zu einer Aussprache in der SVP-Fraktion. Seine KollegInnen seien aufgebracht gewesen, heisst es. Selbstredend nicht so aufgebracht, als dass sie sich nicht sogleich wieder hinter ihrem Chef versammeln hätten. Einstimmig beschloss die Fraktion, die Grenze zu Italien müsse geschlossen, die Armee aufgebunden und unentbehrliche italienische Angestellte kaserniert werden. Thomas Aeschi hätte es wissen müssen, als er über Corona nachdachte: Auch daran kann nur der Ausländer schuld sein. RENATO BECK